

Communiqué de Presse

Die CGFP zu den Studentenprotesten



Die CGFP zu den Studentenprotesten 24.04.2014

Mit Blick auf die angekündigte Studentenbewegung vom Freitag, dem 25. April 2014, in Bezug auf die vorgesehene Neuregelung der Studienbeihilfen erinnert die CGFP daran, dass sie bereits in einer ersten Stellungnahme nach der Vorstellung der Eckwerte der Haushaltsvorlage für das Jahr 2014 bedauerte, dass die einzig wahre Sparmaßnahme zu Lasten der Studierenden und damit allgemein auf Kosten der Bildung gehe.

Für die CGFP ist dies schlicht das falsche Signal, weil auf diese Weise die Staatsfinanzen auf Kosten von bildungspolitischen Maßnahmen saniert werden sollen. Die CGFP tritt stattdessen für Chancengleichheit beim Zugang zum Hochschulstudium ein - und das ungeachtet der sozialen und finanziellen Situation der Eltern. Ferner erinnert die CGFP daran, dass bereits seit der Reform der Studienbeihilfen im Jahre 2010 ein politischer Konsens besteht, die Zahl der Hochschulabsolventen zu erhöhen, um auf diese Weise den beruflichen Herausforderungen der sogenannten Wissensgesellschaft gerecht zu werden.

Dass die nun vorliegende Gesetzesvorlage Inkohärenzen beinhaltet, lässt sich anhand von einfachen Beispielen schnell nachweisen. Wieso wird beispielsweise einem Studierenden, der im Norden des Landes lebt und im Süden des Landes studieren möchte, die Mobilitätsprämie verweigert, während ein Student aus Wasserbillig, der sich an der Fachhochschule Trier einschreibt, diese nutzen kann, fragt die CGFP. Dass aufgrund der Neuregelung auf einmal Beihilfen errechnet würden, die im Ergebnis, je nach Familienzusammensetzung, unter den Beträgen des einstigen Kindergeldes liegen könnten, ist für die CGFP auch alles andere als verständlich.

Die CGFP jedenfalls kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier ein Gesetzestext im Hauruckverfahren durchgeboxt werden soll, ohne dass man sich den daraus resultierenden Folgen vollends bewusst ist. Nach Darstellung der CGFP stehe es gerade einer Regierung, die sich Transparenz und Dialogbereitschaft auf die Fahne geschrieben habe, gut zu Gesicht, vor der der Gesetzesvorlage im Parlament erneut den Dialog mit allen Beteiligten wie etwa den Studentenvereinigungen, den Lehrerorganisationen, den Elternvereinigungen, aber auch den Sozialpartnern aufzunehmen und im Gespräch nach Lösungen zu suchen, um so manche Ungereimtheit aus den Texten zu entfernen.